



Böller | Haas | Hagemann | Sirakov | Wagner [Hrsg.]

Donald Trump und die Politik in den USA

Eine Zwischenbilanz



Nomos

Neue Amerika-Studien

herausgegeben von

Dr. Christoph Haas

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Jäger

Prof. Dr. Andreas Falke

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Band 6

Florian Böller | Christoph M. Haas
Steffen Hagemann | David Sirakov
Sarah Wagner [Hrsg.]

Donald Trump und die Politik in den USA

Eine Zwischenbilanz



Nomos

Bildnachweis Titel: cbies – istockphoto.com

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the Internet at <http://dnb.d-nb.de>

ISBN 978-3-8487-6236-1 (Print)
978-3-7489-0351-2 (ePDF)

British Library Cataloguing-in-Publication Data

A catalogue record for this book is available from the British Library.

ISBN 978-3-8487-6236-1 (Print)
978-3-7489-0351-2 (ePDF)

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

Böller, Florian / Haas, Christoph M. / Hagemann, Steffen
Sirakov, David / Wagner, Sarah

Donald Trump und die Politik in den USA

Eine Zwischenbilanz

Florian Böller / Christoph M. Haas / Steffen Hagemann

David Sirakov / Sarah Wagner (eds.)

327 pp.

Includes bibliographic references and index.

ISBN 978-3-8487-6236-1 (Print)
978-3-7489-0351-2 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

This work is subject to copyright. All rights reserved. No part of this publication may be reproduced or transmitted in any form or by any means, electronic or mechanical, including photocopying, recording, or any information storage or retrieval system, without prior permission in writing from the publishers. Under § 54 of the German Copyright Law where copies are made for other than private use a fee is payable to "Verwertungsgesellschaft Wort", Munich.

No responsibility for loss caused to any individual or organization acting on or refraining from action as a result of the material in this publication can be accepted by Nomos or the author(s)/editor(s).

Inhalt

<i>Reign of Chaos?</i> Die USA unter Donald J. Trump <i>Florian Böller, Christoph Haas, Steffen Hagemann, David Sirakov und Sarah Wagner</i>	7
<i>The Populist Moment?</i> Populismus und Polarisierung in Zeiten Donald J. Trumps <i>David Sirakov</i>	17
<i>It Always Takes Two to Tango.</i> Eine Zwischenbilanz der exekutiv-legislativen Beziehungen in der Ära Trump <i>Florian Böller & Markus B. Siewert</i>	41
Verfassung und Gerichte in der Trump-Präsidentschaft <i>Michael Dreyer</i>	63
Halbzeit – Ein Unentschieden gegen Donald Trump. Zum Ergebnis der Zwischenwahlen 2018 <i>Christoph M. Haas</i>	83
<i>Drain or Fill the Swamp?</i> Entwicklungen im Bereich der Wahlkampffinanzierung unter Präsident Trump <i>Jörg Hebenstreit</i>	101
Die Republikaner und Trump – Ziemlich beste Freunde? <i>Philipp Adorf</i>	119
Zwischen Regeneration und Richtungsstreit – Die Demokratische Partei in der Amtszeit von Donald Trump <i>Sarah Wagner</i>	137
Fragmentierung vs. Konsolidierung? Der digitale Strukturwandel im Mediensystem der USA und seine Auswirkungen auf die Politik <i>Curd Benjamin Knüpper</i>	155

Inhalt

Trump und die Krise der Demokratie in den USA <i>Christian Lammert</i>	175
<i>Re-Igniting the War on Drugs?</i> Trump and the Opioid Crisis <i>Betsy Leimbigler</i>	189
<i>Tax Cuts and Tariffs</i> – das janusköpfige Gesicht der <i>Trumponomics</i> <i>Christoph M. Haas</i>	203
<i>Climate Policy Breakdown?</i> Die Klima- und Energiepolitik unter Trump <i>Ronja Ritthaler-Andree</i>	217
Radikaler Bruch? <i>Grand Strategy</i> und die amerikanische Außenpolitik nach zwei Jahren Donald Trump <i>Lukas D. Herr</i>	233
<i>Reaffirming the War on Terror?</i> Die Antiterrorpolitik der USA in der Ära Trump <i>Marcus Müller</i>	247
<i>Leaving the »troubled places«?</i> Die USA und die Nahostpolitik in der Ära Trump <i>Steffen Hagemann</i>	263
Wie Trump China den Weg zur Weltmacht ebnet <i>Iris Wurm</i>	277
Des Kaisers neue Kleider: Trump und Nordkorea <i>Oliver Thränert</i>	291
Das Ende der NATO wie wir sie kennen: Die transatlantischen Beziehungen unter Trump <i>Simon Koschut</i>	307
Autorenverzeichnis	321

Reign of Chaos? Die USA unter Donald J. Trump

Florian Böller, Christoph Haas, Steffen Hagemann, David Sirakov und Sarah Wagner

Donald J. Trump ist zweifelsohne eine Zäsur für die Vereinigten Staaten von Amerika und das internationale System. Ein überaus polarisierender Kommunikationsstil, der Hang zur Irreführung und Lüge, die erratische Herangehensweise an politische Herausforderungen und die mitunter offen zur Schau gestellte Verachtung für demokratische Institutionen und Prozesse, all das zeigt in seiner Fülle und zeitgleichen Erscheinung die Beispiellosigkeit des 45. Präsidenten in der Geschichte der USA.

Beispiellos war bereits der Wahlkampf. Gewiss haben die Bürger¹ der USA in ihrer Geschichte Kampagnen erlebt, die geprägt waren von harter Rhetorik, Unwahrheiten und persönlichen Attacken. Im Jahr 1800 lieferten sich Thomas Jefferson und John Adams nicht nur einen erbitterten Wahlkampf über politische Überzeugungen, sondern attackierten auch den jeweiligen persönlichen Charakter des Kontrahenten (McCullough 2001). Einer der schmutzigsten Wahlkämpfe fand 28 Jahre später zwischen Andrew Jackson und John Adams Sohn John Quincy Adams statt. Letzterer beschuldigte Jackson unter anderem »uneducated and unfit for the presidency« (Mieczkowski 2001: 33) zu sein.

Natürlich gab es bereits vor 2016 Kandidaten im Hauptwahlkampf, die den Rändern des rechten und linken politischen Spektrums entstammten. Barry Goldwater (AZ), der 1964 die Republikanische Nominierung mit einer klaren Position gegen den Wohlfahrtsstaat und das »liberal, Eastern establishment« (Savage 2004: 190) gewann, verlor allerdings die Wahl gegen Lyndon B. Johnson (D-TX) deutlich. Das gleiche Schicksal ereilte den Demokratischen Kandidaten Walter Mondale (MN) 1984 mit einem sehr progressiven Wahlprogramm gegen den Republikanischen Amtsinhaber Ronald Reagan (CA).

Darüber hinaus stellten kompromittierende Veröffentlichungen über Kandidaten oder andere überraschende Nachrichten unmittelbar vor der Wahl (die sogenannten *October Surprises*) immer wieder große Herausfor-

1 Das generische Maskulinum schließt Personen jederlei Geschlechts ein und wird aus Gründen der vereinfachten Lesbarkeit in diesem Buch benutzt.

derungen für Kampagnen dar oder zerstörten diese fast gänzlich. Unter anderem werden in diesem Zusammenhang Erinnerungen an die Einlassung des Republikanischen Kandidaten Mitt Romney (UT) im Wahlkampf 2012 wach, der während einer privaten Spendenveranstaltung behauptete, dass 47 Prozent der Wählerschaft für Barack Obama stimmen würden, da sie von staatlichen Zahlungen abhängig wären.

Auch der Umstand, dass ein Kandidat Präsident der USA wird, ohne die Mehrheit der Stimmen zu erringen, ist in der US-Geschichte nicht ohne Präzedenz. Al Gore gewann 2000 mit einem Vorsprung von 543.895 Stimmen die sogenannte *Popular Vote*, erreichte allerdings nicht die erforderlichen 270 Stimmen im Wahlkollegium; ein Effekt des amerikanischen Wahlsystems, der bereits zuvor bei Wahlen auftrat – allerdings allesamt im 19. Jahrhundert.

Was macht dann 2016 so einzigartig und damit auch beispiellos? All das zuvor beschriebene geschah in diesem einen Wahljahr. Mit Donald J. Trump erhielt ein unkonventioneller, unerfahrener und durch seine rechtspopulistische Haltung stark polarisierender Kandidat die Nominierung durch die Republikanische Partei. In Umfragen wurde deutlich, dass Trumps Wählerschaft in den Vorwahlen unverkennbar stärker rassistischen Vorurteilen zuneigte, als dies für frühere Republikanische Nominierte wie bspw. John McCain oder Mitt Romney zutraf (Tesler 2016). Im Hauptwahlkampf griff Trump seine Gegenkandidatin Hillary Clinton immer wieder auch mit persönlichen Attacken an, die ihrerseits mit der Charakterisierung Trumps konterte, er sei »temperamentally unfit and totally unqualified to be commander in chief« (Balakrishnan 2016). Die Atmosphäre zwischen beiden Lagern war überaus angespannt, was über den Wahlkampf hinaus bis heute anhält.

Hinzu kamen die Veröffentlichungen von E-Mails des Wahlkampfmanagers Clintons, John Podesta, auf der Enthüllungsplattform Wikileaks sowie Ermittlungen der Bundespolizei FBI aufgrund möglicher strafbarer Handlungen aufseiten der Demokratischen Kandidatin. Insbesondere ein Brief des FBI-Direktors James Comey vom 28. Oktober 2016, in dem er den US-Kongress elf Tage vor dem Wahltag darüber unterrichtete, dass die Behörde erneut tausende E-Mails von Clinton untersuche, hat die Dynamik in der Wählerschaft der letzten Woche beeinflusst. Die *Exit Polls* zeigen, dass die Mehrheit der 13 Prozent der Wähler, die in den letzten Tagen ihre Entscheidung getroffen hatten, Trump wählte (45,3 Prozent) und sich 12,5 Prozent für einen dritten Kandidaten entschieden (Huang et al. 2016). Dem gegenüber steht der Vorwurf, dass das *Phishing* der E-Mails Podestas auf russische Geheimdienste zurückgehe, die damit die Wahlen zugunsten Donald Trumps beeinflussen wollten (Mueller 2019: 15, 53, 232).

Ohne Beispiel war überdies die Ankündigung Trumps, das Wahlergebnis möglicherweise im Falle einer Niederlage gegen Hillary Clinton nicht anzuerkennen (Diamond 2016). Trump stellte damit die Legitimität des demokratischen Prozesses insgesamt in Frage – was angesichts der inzwischen bekannten Einflussnahme Russlands auf den Wahlkampf zugunsten Trumps geradezu grotesk erscheint.

Und schließlich stellte das Wahlergebnis selbst eine Überraschung dar. Mit dem Verlust der sicher geglaubten Bundesstaaten Michigan, Wisconsin und Pennsylvania hatte Hillary Clinton keine Möglichkeit, die notwendigen 270 Stimmen im Wahlkollegium zu erringen, auch wenn sie landesweit über 2,86 Millionen Stimmen mehr erhielt als Donald Trump (Federal Election Commission 2017: 5).

Die bisweilen geäußerte Vermutung, Trump würde sich nach seinem kontroversen Wahlkampf an die Gepflogenheiten des Amtes anpassen und sich einen präsidentiellen Stil zulegen, war schnell widerlegt. Seit Amtsantritt hat die US-Administration unter Führung von Donald Trump mit vielen politischen Traditionen und Normen gebrochen. Umfangreiche Vakanz, ständige Personalwechsel, interne Streitigkeiten im Weißen Haus, über Twitter ausgetragene Fehden mit Gegnern im In- und Ausland, sowie ein zerrüttetes Verhältnis zu maßgeblichen Akteuren in der Gesellschaft und im US-Kongress haben bei vielen Beobachtern vor allem einen Eindruck hinterlassen: Chaos. Der amerikanische Präsident bleibt umstritten – seine Zustimmungsraten verharren auf niedrigem Niveau – und polarisiert auch nach seinem Amtsantritt weiter die amerikanische Gesellschaft.

Zugleich betont Donald Trump, der seinen Wählerinnen und Wählern *America First!* versprochen hatte, bei jeder Gelegenheit, seine Wahlkampfziele umzusetzen. Und in der Tat kann der Präsident gegenüber seiner Wählerbasis zumindest in Teilen Erfolge vorweisen: Die Steuerreform pasierte trotz Widerstands der Demokraten den Kongress, mit Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh sind zwei neue konservative Richter in den *Supreme Court* eingezogen, in der Immigrationspolitik greift Trump hart durch und auf dem Arbeitsmarkt kann die Administration positive Entwicklungen vermelden. Auch außenpolitisch setzt Trump darauf, bessere *Deals* zum Wohle der nationalen Interessen der USA zu erreichen – etwa durch die Verhängung von Strafzöllen oder indem er bestehende Abkommen in der Klima- (Pariser Klimavertrag), Außenhandels- (*Trans-Pacific Partnership*) und Sicherheitspolitik (Irandeal, INF-Vertrag) aufkündigt. Kritiker bemängeln jedoch die hohen Risiken, die mit der volatilen und unberechenbaren Außenpolitik einhergehen.

Dieser Gemengelage haben sich die in diesem Band versammelten Autorinnen und Autoren zunächst in einer von der Atlantischen Akademie

Rheinland-Pfalz, der Politikwissenschaft II der TU Kaiserslautern und dem *Heidelberg Center for American Studies* organisierten Summer School 2018 gewidmet. Dabei ging es nicht zuvorderst um eine Annäherung an den 45. Präsidenten selbst, sondern vielmehr um eine Darstellung und Analyse der von ihm und seiner Administration verfolgten politischen Agenda, sowie den ihr zugrundeliegenden politischen(-ideologischen) und wirtschaftlichen Motiven und nicht zuletzt den Erfolgen und Niederlagen der amtierenden Administration. Im vorliegenden Band liegt daher der Fokus auf den institutionellen, strukturellen und gesellschaftlichen Bedingungen der Innen- wie auch der Außenpolitik der Trump-Administration. Aus diesem Grund rücken an dieser Stelle brisante Tweets, einzelne Personalwechsel, oder kurzfristige Strategiewechsel in der Analyse zumeist in den Hintergrund. Dies ist angesichts des Kommunikations- und Politikstils Trumps sicherlich eine Herausforderung für politikwissenschaftliche Untersuchungen. Gleichwohl geht es uns in diesem Sammelband darum, über tagesaktuelle Ereignisse hinaus, langfristig wirksame Trends zu identifizieren und den Blick auf Ursachen und Dynamik des politischen Aushandlungsprozesses zu richten.

Im ersten Beitrag analysiert David Sirakov die Wechselwirkungen zwischen der politischen Polarisierung sowie dem Phänomen des Populismus, welches insbesondere seit der Präsidentschaft Donald Trumps wieder verstärkt diskutiert wird. Er zeigt, dass der Populismus von Donald Trump in einem politisch wie gesellschaftlich hochgradig gespaltenen Amerika nicht nur stark anschlussfähig ist, sondern die Polarisierung im Land weiter vertieft und in der Folge festigt.

Das Verhältnis zwischen Weißem Haus und dem amerikanischen Kongress untersuchen Florian Böller und Markus B. Siewert. Die bisherige legislative Bilanz der Trump-Administration sei trotz *Unified Government* eher durchwachsen. Erfolge wie der Steuerreform und der Ernennung zweier konservativer *Supreme Court*-Richter stehen Misserfolge gegenüber. Beispielsweise konnten sich die Republikaner im Kongress nicht auf eine Rücknahme von *Obamacare* einigen. Insgesamt kennzeichnete die 115. Legislaturperiode eine weiterhin hohe parteipolitische Polarisierung. Vor diesem Hintergrund sei zu erwarten, dass angesichts der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus nach den *Midterms* 2018 der Präsident noch weniger Gesetzesinitiativen wird durchsetzen können.

Mit den Auswirkungen der personellen Veränderungen im Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten beschäftigt sich Michael Dreyer in seinem Beitrag. Bislang habe Donald Trump zwei Mal die Möglichkeit erhalten, dem Senat einen neuen Richter für den *Supreme Court* vorzuschlagen, was zur Festigung des knappen konservativen Übergewichts im neunköpfi-

gen Gremium geführt habe. Gleichwohl seien bislang keine Änderungen in der Verfassungsinterpretation zu Tage getreten. Weitaus größere Effekte erwartet Dreyer hingegen von den zahlreichen Ernennungen von Richterinnen und Richtern für die *District* und *Appellate Courts* sowie eine Reihe von Spezialgerichten.

Das Ergebnis der Zwischenwahlen von 2018 erörtert Christoph Haas vor dem Hintergrund der theoretischen Ansätze zu *Midterm Elections* und wertet es als ein Unentschieden *gegen* Donald Trump. Das Wahlergebnis wird zudem als erklärende Variable für die Präsidentschaftswahl 2020 gedeutet. Demnach besitzen die Demokraten einen strukturellen Vorteil. Um ihn zu nutzen, bedarf es eines Präsidentschaftskandidaten, die oder der es versteht, die Unabhängigen an die Urnen zu ziehen.

Jörg Hebenstreit analysiert in diesem Band die reformerischen Bemühungen der Trump-Administration im Politikfeld der Wahlkampffinanzierung und bewertet, inwieweit der Präsident den Sumpf der Wahlkampffinanzierungspraktiken wirklich trockenlegen konnte. Dabei legt er dar, dass sich die Anstrengungen in diesem Bereich weitestgehend in Grenzen gehalten haben und von einem *Drain the Swamp* nicht die Rede sein könne. Vielmehr attestiert Hebenstreit dieser Administration eine zuvor kaum gekannte Anzahl von Großspendern und Lobbyisten im engsten Zirkel der Macht.

In ihren Beiträgen widmen sich Philipp Adorf und Sarah Wagner den beiden zentralen politischen Parteien. Während Wagner sich die Frage nach den Herausforderungen und Chancen für die Demokratische Partei in der Amtszeit Donald Trumps stellt, widmet sich Adorf in seinem Kapitel den Gründen, warum die Republikanische Partei trotz diverser Skandale, der Missachtung demokratischer Normen und Konventionen, der Abkehr von traditionellen Verbündeten und der Zuneigung zu autoritären Akteuren ihren Präsidenten weiterhin geschlossen unterstützt.

Inwiefern die Wandlungsprozesse innerhalb des Mediensystems der USA eine bestimmte Form der Politik und einen bestimmten Stil der politischen Kommunikation begünstigen können und wie sich der Wandel von einer relativ homogenen Medienlandschaft hin zu einem heterogenen Informationsangebot auf die Politik auswirkt, steht im Beitrag von Curd Knüpfer im Zentrum. Das Zusammenspiel von Medienfragmentierung und Medienkonsolidierung wird hier eingehend untersucht.

Christian Lammerts Beitrag sucht Antworten auf die Frage, wie sich die amerikanische Demokratie unter der Präsidentschaft von Donald Trump entwickelt. Lammert argumentiert, dass die Daten kein gutes Gesamtbild zum Zustand der Politik in den USA liefern. Ein besonders schlechtes Bild zeigt sich anhand der ungenügenden Responsivität der Bundesregierung

und deren Unvermögen, den Einfluss der Superreichen und der Wirtschaftsinteressen auf die Politik der USA einzugrenzen.

In ihrem Kapitel vergleicht Betsy Leimbigler die Hintergründe und Konsequenzen der Drogenpolitik seit Präsident Nixon mit den aktuellen politischen Bemühungen in der Opioid-Krise. Sie zeigt auf, welche desaströsen Auswirkungen die entschiedene Kriminalisierung der Drogen auf das amerikanische Strafjustizsystem und vor allem auf davon betroffene Minderheiten in der Bevölkerung hatte und analysiert vor diesem Hintergrund die politischen Lösungsansätze für die Opioid-Krise.

Insbesondere mit der Steuer- und Zollpolitik befasst sich Christoph Haas in der Analyse der Wirtschaftspolitik der Trump-Administration. Die *Trumponomics* zeigen dabei ein janusköpfiges Gesicht: Einerseits sollen die Steuersenkungen das Wirtschaftswachstum ankurbeln und den Amerikanern mehr Geld in ihren Taschen lassen. Andererseits wirken Zölle wie Preiserhöhungen und schwächen das Wirtschaftswachstum mittel- und langfristig ab.

Wie stark die Auswirkungen der Trump-Administration auf die Umweltpolitik sind, wird im Beitrag von Ronja Ritthaler-Andree gezeigt. Neben dem bereits erwähnten Austritt aus dem Pariser Klimaschutzabkommen werden die – weniger in der Medienöffentlichkeit diskutierten – weitreichenden Rückführungen von Klimaschutzmaßnahmen der Obama-Administration aufgezeigt.

In seinem Beitrag zur außenpolitischen *Grand Strategy* der USA unter Trump diagnostiziert Lukas D. Herr eine Zäsur: Zwar agierten auch frühere Präsidenten bisweilen im Alleingang, Trump jedoch stelle die multilaterale Einbettung der USA grundsätzlich in Frage. Die Außenpolitik der Trump-Administration sei primär auf die Wiederherstellung nationaler Souveränität und auf materielle Interessen der USA ausgerichtet. Allerdings stellt Lukas D. Herr auch fest, dass gerade im Bereich der transatlantischen Beziehungen und im Verhältnis zu Russland die Politik Trumps in Kongress und Öffentlichkeit auf vehemente Kritik stößt.

Marcus Müller zieht in seinem Beitrag eine Bilanz der Antiterrorpolitik der Trump-Administration. Demnach habe Trump mit seiner *America First*-Doktrin einer »moralischen Führungsrolle« der USA eine Absage erteilt und sich primär auf militärische Elemente der Terrorismusbekämpfung konzentriert. Am Beispiel des intensivierten Einsatzes von Kampfdrohnen zeigt Marcus Müller wie problematisch diese Entwicklung gerade in Anbetracht hoher Opferzahlen unter Zivilisten ist. Innenpolitisch wurde diese Strategie kaum hinterfragt, zeigte sich doch gerade der Kongress nicht in der Lage, als wirksame Kontrollinstanz zu wirken.

Dieser verstärkte Einsatz harter Macht zeigt sich auch im Nahen Osten bei der Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates. Steffen Hagemann argumentiert, dass Trump die Reduzierung des amerikanischen Engagements in der Region grundsätzlich fortführt, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie die Eindämmung und Zurückdrängung des Iran jedoch zu nationalen Interessen erklärt hat. Entsprechend hat die Trump-Administration den Kampf gegen den Terrorismus intensiviert. Auch gegenüber dem Iran setzt die Trump-Administration nach ihrem Ausstieg aus dem Atomabkommen auf eine Politik des maximalen Drucks.

Iris Wurm diskutiert in ihrem Beitrag den Umgang des Hegemons USA mit dem Aufsteiger und Herausforderer China. Zwar hat Donald Trump China wiederholt scharf kritisiert und Strafzölle verhängt, dennoch könne nicht von einer konsistenten wirtschafts- und sicherheitspolitischen Strategie gesprochen werden. Ganz im Gegenteil erodierten die außen- und wirtschaftspolitischen Alleingänge die US-Sicherheitsarchitektur im Pazifik und begünstigten so den Aufstieg Chinas zur führenden Macht in der Region.

Innerhalb der transatlantischen Beziehungen sorgte Trump in seinen ersten beiden Amtsjahren für deutliche Spannungen, nicht zuletzt aufgrund seiner vehementen Kritik an den europäischen NATO-Verbündeten. Simon Koschut stellt fest, dass die Politik Trumps zwar noch nicht das Ende der NATO bedeute, »möglicherweise aber das Ende der NATO wie wir sie kennen«. Er diagnostiziert eine Rückentwicklung einer auf gemeinsamen Werten und Normen basierten Sicherheitsgemeinschaft hin zu einer interessenbasierten Verteidigungsallianz.

Aus den hier vorgestellten Analysen der einzelnen Politikfelder lassen sich fünf Trends der Politik in den USA in der Ära Trump feststellen:

1. Erkennbar ist das fast vollständige Fehlen substanzieller Politikmaßnahmen, langfristiger Strategien und verbindlicher Gesetzgebung. Die einzige Ausnahme hiervon war die Steuerreform von 2018, die allerdings kaum von Trump initiiert oder maßgeblich beeinflusst wurde. Ansonsten zeichnet sich Trumps transaktionaler und auf kurzfristige Gewinne ausgerichteter Politikstil vor allem durch ad-hoc verabschiedete Exekutivanordnungen aus. Hinzu kommen sprunghafte Strategiewechsel und die Inszenierung von Politik – gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik – sowie die Rücknahme von Entscheidungen der Obama-Administration, etwa in der Umwelt-, Gesundheits- und Rüstungskontrollpolitik.

2. Dieser Politikstil zeitigt schon vor dem Ende der ersten Amtszeit Trumps negative Auswirkungen – sowohl für die Innenpolitik als auch in den internationalen Beziehungen. Nach außen ist das Vertrauen in die USA als verlässlicher Verbündeter und liberale Ordnungsmacht massiv ge-

sunken. In der Innenpolitik sind bei zentralen Herausforderungen, zum Beispiel bei der Erneuerung der Infrastruktur, in der Frage von strikteren Waffengesetzen oder in der Gesundheitspolitik keine Fortschritte erzielt worden. Dies lässt das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie in den USA weiter sinken. Der Mehrheitswechsel von Republikanern zu Demokraten im Repräsentantenhaus dürfte an dieser Situation wenig ändern und den *Gridlock* sogar weiter verschärfen.

3. Präsident Trump ist dabei nicht die alleinige Ursache für die derzeitige Situation. Vielmehr, und darauf weisen die Beiträge in diesem Band ebenso hin, sind es langfristig wirksame Trends, die Trumps Politik erst ermöglichten. Insofern ist Trump ein Symptom dieser Entwicklungen und nicht deren Wurzel. Das gilt zum Beispiel für die sich seit Mitte der 1990er Jahre verschärfende parteipolitische Polarisierung, die bereits vor Trump überparteiliche Problemlösungen blockiert und Unzufriedenheit mit der Politik in Washington, D.C. geschürt hat. Auch wirken sich strukturelle Bedingungen etwa im Mediensystem, im wirtschaftspolitischen Bereich hinsichtlich der Auswirkungen globaler Interdependenzen, oder in der Außenpolitik durch den machtpolitischen Aufstieg Chinas auf die gegenwärtige Politik in den USA aus. Trumps populistische Politik zielt genau darauf diese Bedingungen auszunutzen, um die eigene Wiederwahl zu sichern.

4. Angesichts der vorhandenen Polarisierung ist es wenig überraschend, dass die Politik des 45. Präsidenten in der amerikanischen Gesellschaft auch auf Widerstand trifft. Die Demokratische Partei konnte diesen Unmut bei den Zwischenwahlen 2018 bereits nutzen und die Kontrolle über das Repräsentantenhaus zurückgewinnen. Auch auf anderen Ebenen regt sich Widerstand: Etwa auf bundestaatlicher Ebene in der Klima- oder Migrationspolitik. Zudem scheiterten einige Maßnahmen der Trump-Administration vor Gerichten oder durch vereinzelt Widerstand im Kongress. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Trumps Politik von seiner Wählerbasis und von weiten Teilen der Republikanischen Partei unterstützt und mitgetragen wird.

5. Weil es unwahrscheinlich ist, dass Faktoren wie die gesellschaftliche und parteipolitische Polarisierung, die Krise des Mediensystems oder wirtschaftliche Ungleichheiten kurzfristig behoben werden können, werden die USA auch bei einer Abwahl Trumps 2020 vor großen Herausforderungen stehen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit Trumps Tabubrüche nach innen wie außen und seine Versuche, etablierte Institutionen wie die Opposition im Kongress, die Medien oder selbst zentrale Regierungseinrichtungen wie Nachrichtendienste, Umweltbehörden oder die Zentralbank zu

diskreditieren, der Demokratie in den USA nachhaltigen Schaden zufügen.

Die Herausgeber danken allen Referentinnen und Referenten der Summer School für ihre Vorträge sowie allen Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge zu diesem Band. Die Summer School wäre ohne die finanzielle Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung sowie der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz nicht möglich, weshalb beiden Institutionen unser besonderer Dank gilt.

Literatur

- BALAKRISHNAN, ANITA, 2016: Clinton: Trump is totally unqualified to be commander in chief, in: CNBC, <<http://www.cnbc.com/2016/09/08/hillary-clinton-press-conference.html>> (27.4.2017).
- DIAMOND, JEREMY, 2016: Donald Trump: »I will totally accept« election results »if I win«, in: CNN, <<https://edition.cnn.com/2016/10/20/politics/donald-trump-i-will-totally-accept-election-results-if-i-win/index.html>> (24.5.2019).
- FEDERAL ELECTION COMMISSION, 2017: Federal Elections 2016. Election Results for the U.S. President, the U.S. Senate and the U.S. House of Representatives, Washington, D.C.
- HUANG, JON et al., 2016: Election 2016: Exit Polls, in: The New York Times, 8. November, <<https://www.nytimes.com/interactive/2016/11/08/us/politics/election-exit-polls.html>> (9.11.2016).
- McCULLOUGH, DAVID G., 2001: John Adams, New York.
- MIECZKOWSKI, YANEK, 2001: The Routledge historical atlas of presidential elections, New York.
- MUELLER, ROBERT S., 2019: Report On The Investigation Into Russian Interference In The 2016 Presidential Election, Washington, D.C.
- SAVAGE, SEAN J., 2004: JFK, LBJ, and the Democratic Party, Albany.
- TESLER, MICHAEL, 2016: Trump is the first modern Republican to win the nomination based on racial prejudice, in: The Washington Post / The Monkey Cage, 1. August, <https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2016/08/01/trump-is-the-first-republican-in-modern-times-to-win-the-partys-nomination-on-anti-minority-sentiments/?utm_term=.76237989ee35> (12.2.2017).

The Populist Moment? Populismus und Polarisierung in Zeiten Donald J. Trumps

David Sirakov*

»Our deliberations today [...] can be sincere and principled, but they are more partisan, more tribal more of the time than at any time I can remember. [...] Let's trust each other. Let's return to regular order. We have been spinning our wheels on too many important issues because we keep trying to find a way to win without help from across the aisle. That is an approach that has been employed by both sides: mandating legislation from the top down, without any support from the other side, with all the parliamentary maneuvers it requires. We are getting nothing done, my friends. We are getting nothing done« (Senator John McCain (R-NV) in Congressional Record 2017: S4168f.).

Es ist vor allem ein Begriff, der in den vergangenen zwei Jahrzehnten im politischen Diskurs der USA als Zustands- und Ursachenbeschreibung zugleich Verwendung findet: Polarisierung (Sinclair 2006; Theriault 2008; Hetherington/Weiler 2009; Mann/Ornstein 2012). Das damit umschriebene ideologische Auseinanderdriften der beiden zentralen politischen Parteien, der Demokraten und Republikaner, zeitigt nachhaltige negative Auswirkungen für die Vereinigten Staaten. In einem politischen System, das auf der gegenseitigen Kontrolle unterschiedlicher am Entscheidungsbildungsprozess zu gleichen Teilen beteiligter Institutionen beruht (*System of Checks and Balances*), ist die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg von zentraler Bedeutung. Diese *Bipartisanship* findet sich allerdings im Gesetzgebungsprozess zunehmend seltener wieder und bricht sich dann auch in der seit Jahren sinkenden Produktivität des US-Kongresses Bahn (ausführlich hierzu Sirakov 2016b, 2018). Dabei steigt der politische Handlungs- und Regelungsbedarf in hochentwickelten Gesellschaften wie der US-amerikanischen naturgemäß an, doch die Bereitschaft, in der Lösung von Herausforderungen zueinanderzufinden, ist in Washington, D.C., auf einem Tiefpunkt angekommen. Der 44. Präsident der USA, Barack Oba-

* Für wertvolle Hinweise und kritische Anmerkungen zu diesem Beitrag gilt mein besonderer Dank Sarah Wagner und John Constance.

ma, fasste es am 25. Juli 2011 und damit exakt sechs Jahre vor dem Appell John McCains kurz und prägnant zusammen: »[C]ompromise has become a dirty word« (White House 2011). Das desaströse Bild, welches die politische Elite dabei abgibt, lässt sich dann auch in den Zustimmungsraten ablesen. Lediglich 20 Prozent der Befragten bewertet die Arbeit des Kongresses laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Gallup* wohlwollend; ein Wert, der in den vergangenen zehn Jahren häufiger unter- denn übertroffen wurde. So findet sich auch der Tiefpunkt der Zustimmung in der seit 1975 regelmäßig durchgeführten Erhebung mit lediglich neun Prozent im Jahr 2011 (*Gallup* o.J.-a). Dabei sind entscheidende Teile der amerikanischen Gesellschaft selbst polarisiert. Die Anhängerschaft der Demokraten sowie Republikaner und noch stärker ihre Wählerschaft driften in ihren Einschätzungen zu zentralen politischen und gesellschaftlichen Fragen seit Jahrzehnten stetig auseinander (*Pew Research Center* 2014, 2016).

Es ist vor diesem Hintergrund nicht überraschend, dass der Präsidentschaftswahlkampf 2016 als einer der polarisierendsten in der Geschichte der USA angesehen wird (Sirakov 2017). Mit dem Eintritt Donald J. Trumps in den Präsidentschaftsvorwahlkampf 2015 zog mit dem Begriff Populismus ein weiteres Phänomen in den medialen und politischen Diskurs ein. Was genau ist damit gemeint? Bestehen Wechselwirkungen mit Polarisierung und wenn ja, wie zeigen sich diese? Was hat das alles eigentlich mit Donald Trump zu tun?

Im vorliegenden Beitrag wird sich in einem ersten Schritt einer Definition des Phänomens Populismus angenähert, die nicht nur politikwissenschaftlich methodisch anwendbar sein soll, sondern darüber hinaus mögliche Wechselwirkungen mit der in den Vereinigten Staaten voranschreitenden Polarisierung offenlegt und mithin die Auswirkungen auf das politische System verdeutlicht. Ob Donald J. Trump in seinem Wahlkampf und seinen ersten zwei Amtsjahren populistische Züge gezeigt hat, wird im Mittelpunkt des zweiten Schritts stehen. Im dritten Teil werden dann die Effekte auf das politische Mit- und Gegeneinander insbesondere im amerikanischen Kongress diskutiert, um mit dem Fazit einen Ausblick auf die verbleibende Zeit bis zu den am 3. November 2020 vorgesehenen Präsidentschafts- und Kongresswahlen zu bilden.

Populismus in Zeiten polarisierter Politik und Gesellschaft. Begriff und Wechselwirkungen

Die Vorstellungen, was Populismus genau ist, wie er sich zeigt und welche Funktionen er erfüllt, gehen zuweilen weit auseinander. Dies zeigt sich sehr deutlich in der Verwendung des Begriffs in der (politischen) Alltagssprache. Dort wird Populismus zuvorderst als Begriff in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner verwendet, gepaart mit dem Vorwurf der Demagogie, Nutzung einer Stammtisch-Rhetorik und dem Appell an das berühmt berüchtigte ›Bauchgefühl‹. Im Kern wird das Propagieren von ›einfachen‹ Lösungen und die damit verbundene opportunistische Strategie zum Stimmengewinn unterstellt (Mudde 2004: 542 f.). Doch zeigen diese eher allgemeinen Zugänge zum Phänomen zumeist eines: Beliebbarkeit. Populistisch scheint alles und nichts zu sein. Jeder Politiker, der nach Wählerstimmen trachtet, wäre ein Populist. Somit würde sich die Antwort auf die Frage, wer nun Populist ist und wer nicht, einer intersubjektiv nachvollziehbaren Überprüfung vollends entziehen (Müller 2016). Und noch wichtiger: Der Begriff an sich liefe Gefahr, kaum einen Mehrwert in der Debatte um Zustand und Zukunft politischer Gemeinwesen darzustellen. Dabei lohnt sich die Suche nach einer kohärenten Definition von Populismus nicht nur aus politikwissenschaftlich analytischer, sondern auch aus gesellschaftlicher Sicht, kann sie doch entscheidend zu einer Versachlichung der politischen Debatte und wichtigen Folgenabschätzung populistischer Politik beitragen.

Ein Blick in die Literatur zeigt dann auch eine kaum zu überblickende Anzahl unterschiedlicher Ansätze (u.a. Brubaker 2017; Mudde/Rovira Kaltwasser 2017; Rovira Kaltwasser et al. 2017).¹ Aus verschiedenen Gründen scheint dabei der *ideationale* Ansatz am fruchtbarsten. Aufgrund seiner relativen inhaltlichen Schlichtheit verkörpert er einerseits am ehesten den für die Analyse so wichtigen klaren und konsistenten Charakter, der sich angesichts seiner ideologischen Offenheit auch für den Vergleich unterschiedlichster Systeme eignet. Zum anderen ermöglicht er den Blick auf die zentralen Annahmen und Vorstellungen von Populisten, populistischen Bewegungen und Parteien und mithin die Beantwortung der zentralen Frage, welche Auswirkungen der Populismus auf (in der Regel liberal-)

1 Während bspw. Rogers Brubaker (2017: 360) vier verschiedene Ansätze (*Discursive Logic, Ideational, Communicational Style* und *Political Style*) identifiziert, verweisen Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2017: 3 f.) auf eine Vielzahl, von denen sie sechs als die wichtigsten Ansätze ausmachen (*Ideational, Popular Agency, Laclauan, Socioeconomic, Political Strategy* sowie *Folkloric Style of Politics*).

demokratisch verfasste Staaten hat. Im Zentrum des *ideationalen* Ansatzes steht dabei die einflussreiche Arbeit Cas Muddes, einer der bedeutendsten Populismusforscher. Er definiert Populismus als eine

»thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, »the pure people« versus »the corrupt elite«, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people« (Mudde 2007: 23).

Die von Mudde identifizierte inhaltlich eher dünne Ideologie² ist kaum auf sich allein gestellt vorstellbar. Sie findet sich in der Regel vielmehr in Kombination mit anderen (inhaltlich dichterem) Ideologien wie bspw. dem Nativismus, Nationalismus, Konservatismus, Neoliberalismus oder Sozialismus. So erklärt sich dann auch die Varianz von Populisten, die von (radikal) links wie Hugo Chavez und Nicolás Maduro in Venezuela oder *Syriza* in Griechenland bis hin zu (extrem) rechts wie Rodrigo Duterte auf den Philippinen, Marine Le Pen und dem *Rassemblement National* in Frankreich, der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) oder der *Alternative für Deutschland* (AfD) reicht. Populisten unterscheiden sich durchaus in ihrer Position auf dem politisch-ideologischen Spektrum, teilen allerdings allesamt eine bestimmte moralisch aufgeladene Vorstellung von Gesellschaft und Legitimität, gepaart mit einer ausgeprägten Anti-Establishment-Rhetorik. Die manichäische Konstruktion eines positiv besetzten »wahren Volks« und einer ihr gegenüberstehenden negativ besetzten »korrupten, den Volkswillen weder antizipierenden noch umsetzenden Elite« ist dabei von zentraler Bedeutung. Wer zu diesem »wahren, reinen Volk« gehört, liegt in der Definitionshoheit der Populisten und die Vertretung des ihm unterstellten Gemeinwillens bleibt dann natürlich nur ihnen vorbehalten: »Sie und nur sie repräsentieren das wahre Volk; so etwas wie eine legitime Opposition kann es gar nicht geben« (Müller 2016: 130). Der mit der Selbstzuweisung einer *Vox Populi* (Stimme des Volkes) einhergehende Alleinvertretungsanspruch samt Delegitimierung des politischen Gegners zielt mit Blick auf pluralistische Grundwerte auf die Grundfesten liberaler Demokratien und macht deutlich, dass Populismus eine Form der Identitätspolitik darstellt. In diesem Kontext vertritt Jan-Werner Müller (2016: 14) die Auffassung, dass Populismus letztlich »der Tendenz nach zweifelsohne antidemokratisch« sei.

2 Zur Kritik an der Verwendung des Begriffs »thin-centered ideology« siehe Aslanidis (2016).

Es zeigt sich damit bereits die zentrale Wechselwirkung mit dem anderen in diesem Beitrag ins Zentrum gerückten Begriff. Denn während Polarisierung im Kern die Spaltung in Politik und Gesellschaft bezeichnet, macht sich Populismus diese Spaltung zunutze und verstärkt sie zudem. Populismus ist mithin Ausgangspunkt und Ziel zugleich. Damit gemeint ist, dass Populisten dann Nutznießer von Polarisierung sind, wenn diese mit Krisenerscheinungen einhergeht (Taggart 2002: 69). Sie reichen von Repräsentationskrisen, in denen die etablierten politischen Akteure immer weniger Wählerzuspruch erhalten (u.a. Diehl 2016), über Gesellschaftskrisen, die durch steigende Ungleichheiten geprägt sind (Milanović 2016), bis hin zu Krisen der Medien und des Medienkonsums, in denen das unüberschaubare und ungefilterte Angebot von (Des-)Information zum Vertrauensverlust der Medien und zur Überforderung des Medienkonsumenten führt. Dabei handelt es sich um keine abschließende Auflistung. Mit immer komplexer werdenden Herausforderungen in hoch entwickelten Demokratien steigt augenscheinlich auch die Krisendichte (Lammert/Vormann 2017; Fitzi/Mackert/Turner 2019; Rahn 2019: 351).

Aber auch in umgekehrter Richtung ist ein deutlicher Zusammenhang feststellbar. Untersuchungen bestätigen die – zugegebenermaßen wenig überraschende – Annahme, dass der Aufstieg von Populismus die Polarisierung von Parteiensystemen und politischen Debatten nachhaltig verstärkt (Pappas 2014; Handlin 2018). Die Aufrechterhaltung und Verstärkung politischer Polarisierung liegt im ureigenen Interesse von Populisten. Doch wer polarisiert, ist nicht zwangsläufig Populist. Vielmehr ist es die Erfüllung beider Eigenschaften, der Unterscheidung von ›wahrem Volk‹ und ›korrupter Elite‹ sowie der Behauptung des Alleinvertretungsanspruchs, welche Populisten ausmacht.

Diese Überlegungen führen fast unweigerlich zu der Frage, ob wir es mit dem 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika mit einem Populisten zu tun haben.

»I Am Your Voice«. Populismus in den USA, Trump und die Republikanische Partei

Populismus ist nicht neu in den USA. Er hat vielmehr eine lange Tradition, die bis in das späte 19. Jahrhundert reicht. Der Begriff Populismus selbst stammt aus dieser Zeit und geht zurück auf die zwischen 1891 und 1908 wirkende *People's Party*, die sich ungewöhnlicher Weise selbst die Zuschreibung populistisch (*Populist Party*) gab (Canovan 2005: 79; Kazin 2017: 5). In ihrem Programm von 1892 (*Omaha Platform*) gab sie sich

die Zielsetzung, »to restore the government of the Republic to the hands of the ›plain people‹ with whose class it originated« (Zinn/Arnove 2004: 230).

Die als ideologisch links einzustufende *People's Party* war mit Blick auf die danach aufkommenden populistischen Bewegungen, Parteien und Kandidaten eher die Ausnahme. Der damalige Gouverneur Alabamas, George Wallace, der 1968 als unabhängiger Kandidat versuchte, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, gehörte ebenso wie Richard Nixon, der in seinem 1968er Wahlkampf vorgab, die ›silent majority‹ und die ›forgotten Americans‹ zu vertreten, oder der 1992 einen ›cultural war‹ ausrufende Pat Buchanan zur politischen Rechten. Ebenso verhielt es sich mit dem texanischen Milliardär Ross Perot, der im Präsidentschaftswahlkampf 1992 als rechtspopulistischer Kandidat die Wiederwahlchancen George H.W. Bush zunichtemachte und Bill Clinton den Weg ins Weiße Haus ebnete. Der Blick auf die jüngste Vergangenheit zeigt dann vor allem politische Bewegungen, die sich in Folge der Finanzkrise 2008 formierten. Zu ihnen zählen die rechtspopulistische und zumindest zu Beginn weitgehend libertäre *Tea Party Movement* und die linkspopulistische *Occupy Wall Street*-Bewegung (Lowndes 2017: 233 f.).

The Populist-in-Chief. *Trumps Populismus im Wahlkampf und im Weißen Haus*

Mit Donald J. Trumps Kampagnenstart am 15. Juni 2015 fand der Begriff Populismus den Weg zurück in die Berichterstattung (Crilly 2015; Miller 2015; Osnos 2015).³ Doch gab es in der frühen Phase seiner Kampagne auch Skepsis, ob es sich in der Tat um Populismus handelte, drehte es sich doch in seinen Wahlkampfauftritten vor allen Dingen um eines: Donald J. Trump:

»The message is not a humble ›I am like you,‹ but rather a grandiose ›become another Trump.‹ He doesn't even really need ›the people‹ to ›Make America Great Again‹ (his campaign slogan). The Donald will make America great again, because, as his campaign Web

3 An dieser Stelle sei der Vollständigkeit halber auch auf Bernie Sanders (I-VT) hingewiesen, der mit populistischer Rhetorik und Programmatik von der ideologisch linken Seite im Präsidentschaftsvorwahlkampf der Demokratischen Partei der zentrale Widersacher der späteren Demokratischen Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton war.

site [sic] says, »Donald J. Trump is the very definition of the American success story, continually setting the standards of excellence.« (Mudde 2015)

Welche politische Richtung Trumps Kampagne einschlagen würde, war hingegen deutlicher zu erkennen. Auch wenn es immer wieder zu programmatischen Inkonsistenzen kam, stand eine im Kontext eines Nativismus stehende Kritik an Einwanderung im Zentrum (Young/Ziemer/Jackson 2019). Sie mündete häufig in verbalen Attacken gegen Mexikanerinnen und Mexikaner. Berühmt, berüchtigt ist in diesem Zusammenhang Trumps Rede zur Kampagneneröffnung geworden:

»When Mexico sends its people, they're not sending their best. They're not sending you. They're not sending you. They're sending people that have lots of problems, and they're bringing those problems with us. They're bringing drugs. They're bringing crime. They're rapists. And some, I assume, are good people« (Phillips 2017).

Zudem bediente er im Wahlkampf wiederholt anti-muslimische Ressentiments, wenn er bspw. den Auftritt der Eltern eines gefallenen muslimischen US-Soldaten auf der *Democratic National Convention* wie folgt kommentierte: »If you look at his wife, she was standing there. She had nothing to say. She probably – maybe she wasn't allowed to have anything to say. You tell me« (Turnham 2016).

Mit fortschreitendem Wahlkampf wurden die populistischen Konturen in der Rhetorik Donald Trumps immer deutlicher und die der populistischen Logik inhärente Delegitimierung des politischen Gegners⁴ fand vermehrt Platz. Beispielsweise, wenn er zunächst der eigenen Partei angesichts der Möglichkeit, die Nominierung nicht zu gewinnen, attestierte, beim Kampf um die Delegiertenstimmen handele es sich um ein »disgraceful, disgusting rigged system« (Parker/Haberman 2016).

In seiner Dankesrede zur Nominierung durch die *Republican National Convention* im Juli 2016 flossen dann an zentralen Stellen populistische Elemente wie die Gegenüberstellung von Volk und Elite sowie die Verkörperung als *Vox Populi* mit ein:

4 Die Verbindung xenophober, anti-muslimischer und delegitimierender Verschwörungstheorien gehörte bereits zuvor zum politischen Repertoire Donald Trumps. Seit 2010 äußerte er wiederholt seine Skepsis über den Geburtsort des damalig amtierenden Präsidenten Barack Obama und deutete zudem an, er sei Muslim. Damit stieg Trump zur zentralen Figur in der so genannten *Birtherism Movement* auf.

»I have joined the political arena so that the powerful can no longer beat up on people that cannot defend themselves. Nobody knows the system better than me, which is why I alone can fix it. [...] I'M WITH YOU – THE AMERICAN PEOPLE. I am your voice« (Trump 2016, Hervorhebung im Original).

Nach seiner Nominierung rückten die Gegenkandidatin Hillary Clinton und die Medien zunehmend in den Fokus des Kandidaten Trumps. Auf einer Wahlkampfveranstaltung in Ashburn, Virginia, sagte er mit Blick auf die für ihn unbefriedigenden Ermittlungen der Bundespolizei FBI in der E-Mail-Affäre seiner Kontrahentin, Hillary Clinton:

»We gotta beat a totally dishonest machine [...] It's a disgrace to our country that she got away with it. It's a crooked system. We're running against a rigged system, and we're running against a dishonest media« (Stokols 2016).

Höchstwahrscheinlich ist diese populistische Schärfung in den Reden auf Stephen Miller und Stephen Bannon zurückzuführen. Ersterer war Pressereferent der *Tea Party*-Ikone Michele Bachmann (R-MN) sowie Kommunikationsdirektor des US-Senators und späteren Justizministers Jeff Sessions (R-AL) und schloss sich der Kampagne 2016 an. Miller avancierte schnell zu Trumps leitendem Redenschreiber und ist zurzeit *Senior Advisor to the President of the United States*. Bannon kam hingegen aus dem Medienbereich und wurde insbesondere bekannt als Chef der rechtspopulistischen, Trump unterstützenden Internetseite *Breitbart News*. Im August 2016 wurde er neuer Kampagnenleiter und war nach Trumps Einzug ins Weiße Haus bis August 2017 Chefstrategie des Präsidenten (Wolff 2018: Kapitel I).

Die Hoffnung, die harsche, hochgradig polarisierende Rhetorik Donald Trumps würde nach dem für die Mehrzahl der Beobachter überraschenden Wahlsieg und seinem Amtsantritt einem pragmatischen, stärker dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen und politischer Positionen folgenden Regierungsstil weichen, wurde bereits im Keim erstickt. Die hauptsächlich von Miller und Bannon geschriebene Antrittsrede des 45. Präsidenten geriet zu einer rechtspopulistischen Abrechnung mit den etablierten politischen Kräften im »gehassten« Washington, D.C., und spiegelte rhetorische Elemente aus Zeiten Nixons und Buchanans wider:

»Washington flourished – but the people did not share in its wealth. Politicians prospered – but the jobs left, and the factories closed. The establishment protected itself, but not the citizens of our country. Their victories have not been your victories; their triumphs have not been your triumphs; and while they celebrated in our nation's capital,

there was little to celebrate for struggling families all across our land. [...] January 20th 2017, will be remembered as the day the people became the rulers of this nation again. The forgotten men and women of our country will be forgotten no longer« (White House 2017).

Doch nicht nur die Rede des Präsidenten am 20. Januar 2017 verdeutlichte den populistischen Impetus. Die Amtseinführung selbst und vor allem die fast schon lächerliche Auseinandersetzung um die Größe der Menschenmenge, die an ihr teilnahm, eröffneten einen tiefen Blick in die populistische Überzeugung des Präsidenten. Wer von sich behauptet, einzig das ›wahre Volk‹ vertreten zu können, kann nicht weniger Menschen mobilisieren als seine Amtsvorgänger, zumal wenn diese zur ›korrupten Elite‹ gehören. So geriet der Streit um die Anzahl an Zuschauern zum Kampf um Legitimität und letztlich Identität.

Der direkte Weg zu seinen Unterstützern war Donald Trump bereits im Wahlkampf besonders wichtig und so verhält es sich auch in seiner Präsidentschaft. Sein Medium der Wahl ist hierbei neben den auch während seiner Präsidentschaft weiter stattfindenden *Trump Rallies* (Kundgebungen) vor allem Twitter. Trump selbst ist sich über die Wirkmächtigkeit dieses sozialen Netzwerks bewusst, wenn er in einem Interview mit seinem bevorzugten Sender *Fox News* (2017) sagt: »I think that maybe I wouldn't be here if it wasn't for Twitter«. Und beides, (Wahlkampf-)Reden und Tweets, sind überaus passfähig, zeigt doch der Vergleich eine frappierende Ähnlichkeit in Form und Duktus. »Talk is tweet, and tweet is talk« (Blommaert 2018: 1), weshalb im Folgenden drei Tweets exemplarisch besprochen werden.

Die Proteste gegen den neuen Präsidenten am Tag der Amtseinführung kommentierte Trump ein weiteres Mal mit einer delegitimierenden Behauptung:

»Professional anarchists, thugs and paid protesters are proving the point of the millions of people who voted to MAKE AMERICA GREAT AGAIN!« (@realDonaldTrump, 3. Februar 2017, Hervorhebung im Original).

Und es steckt noch mehr in diesem Tweet. Vor dem Hintergrund einer Präsidentschaftswahl, die nicht durch die Mehrheit der Wählerstimmen, sondern durch die Stimmenverteilung im *Electoral College* entschieden wurde, soll die zahlenmäßige Gegenüberstellung die Legitimität der Administration unterstreichen und die Opposition in eine Minderheitenrolle drängen.

Der äußerst holprige Start der Administration führte recht schnell zu ersten Misserfolgen (Sirakov 2017). Dabei stach vor allem der durch Gerichte gestoppte Exekutiverlass hervor, durch den die Administration versuchte, die Einreise von Bürgerinnen und Bürgern aus sieben mehrheitlich muslimischen Staaten zu unterbinden. Die Reaktion des Präsidenten folgte dem bereits bekannten Muster, indem er die Legitimität des zuständigen Richters in Frage stellte:

»The opinion of this so-called judge, which essentially takes law-enforcement away from our country, is ridiculous and will be overturned!« (@realDonaldTrump, 4. Februar 2017).

Ein hier abschließend zu nennender Tweet des Präsidenten erfüllt nahezu idealtypisch die populistische Rhetorik. Immer wieder attackiert der Präsident mit den Medien seine wohl größte Widersacherin, die er abschätzig als *Mainstream Media* oder *Fake News Media* bezeichnet. In seinem Tweet vom 17. Februar 2017 positioniert er bestimmte einflussreiche Medien nicht nur in einem Gegensatz zum amerikanischen Volk, sondern erklärt sie kurzerhand zum Feind desselben. Durch die Rücknahme der eigenen Person unterstreicht Trump dann auch seinen Alleinvertretungsanspruch, indem Kritik an seiner Person automatisch zur Kritik am gesamten Volk wird:

»The FAKE NEWS media (failing @nytimes, @NBCNews, @ABC, @CBS, @CNN) is not my enemy, it is the enemy of the American People!« (@realDonaldTrump, 17. Februar 2017, Hervorhebung im Original).

Und auch in den seitdem folgenden Tweets des Präsidenten finden sich immer wieder die hier vorgestellten Muster, sei es bezüglich der Untersuchungen des Sonderermittlers Robert Mueller oder die durch die Demokraten im Repräsentantenhaus initiierten Voruntersuchungen für ein Amtenthebungsverfahren (*Impeachment*), die Trump wiederholt als illegal bezeichnete, oder die Auseinandersetzungen um die Abschaffung und den Ersatz von *Obamacare* sowie den Bau einer Mauer zu Mexiko.

Die Bedeutung des Einwanderungsthemas und Trumps Wahlkampfversprechens, eine Mauer bauen zu wollen, zeigte sich bereits in den Haushaltsverhandlungen Ende 2018 und führte noch vor Jahreswechsel zum mit 35 Tagen längsten *Government Shutdown* in der amerikanischen Geschichte. In einem denkwürdigen, von Fernsehkameras aufgezeichneten Aufeinandertreffen des Präsidenten, seines Vizepräsidenten Mike Pence sowie des Führungsduos der Demokraten, Nancy Pelosi (CA) und Chuck Schumer (NY), reklamierte Trump am Ende einer hitzigen Auseinander-

setzung die Verantwortung für eine vorübergehende Schließung der öffentlichen Institutionen für sich: »I am proud to shut down the government for border security« (Washington Post 2018).

In der aufgrund des *Shutdowns* auf den 5. Februar 2019 verlegten Ansprache zur Lage der Nation setzte der Präsident nochmals nach. Trotz der mit Blick auf das Repräsentantenhaus sowie einer Vielzahl an Gouverneursposten und Parlamenten in den Bundesstaaten für die Republikaner verlorenen Zwischenwahlen 2018 und der Notwendigkeit, aufgrund neuer Mehrheitsverhältnisse auf den politischen Gegner zuzugehen, griffen Trump und seine Redenschreiber erneut zu populistischen Formulierungen. Darin unterscheidet er erneut die politische Elite vom amerikanischen Volk und wirft ersterer Selbstbereicherung und -schutz auf Kosten des einfachen, wehrlosen Bürgers vor:

»No issue better illustrates the divide between America's working class and America's political class than illegal immigration. Wealthy politicians and donors push for open borders while living their lives behind walls and gates and guards.

Meanwhile, working class Americans are left to pay the price for mass illegal migration – reduced jobs, lower wages, overburdened schools and hospitals, increased crime, and a depleted social safety net. [...]« (White House 2019).

Trump Owns the Party. *Trump's Populismus und die Republikanische Partei*

Die Verbindung der dünnen populistischen Ideologie mit einer einem Nativismus und Autoritarismus verschriebenen politischen Überzeugung macht deutlich, dass Trumps Populismus nicht nur ein rhetorischer Kniff ist. Er hat direkte Auswirkung auf die (ideologische) Zusammensetzung seiner Anhänger, in dessen Folge auf die Partei⁵, auf deren Ticket er 2016 in den Präsidentschaftswahlkampf zog, und letztlich auf den gesamten Politikprozess.

Wie eine Umfrage des *Chicago Council on Global Affairs* (2018) zeigt, unterscheiden sich »Trump Republicans« von »non-Trump Republicans« in ihrer ideologischen Position, ihrem Alter und Bildungsgrad sowie Einkommen. Erstere sind deutlich konservativer, älter, verfügen über einen niedrigeren Bildungsabschluss und verdienen weniger. Die Auswirkungen

5 Siehe hierzu auch den Beitrag von Philipp Adorf in diesem Band.

auf die Republikanische Partei rühren allerdings deutlich mehr aus den unterschiedlichen Ansichten zu zentralen Politikfeldern. Ob das Freihandelsabkommen mit Kanada und Mexiko (NAFTA), das Atomabkommen mit dem Iran, das Pariser Klimaabkommen oder das Engagement in der NATO, *non-Trump Republicans* unterstützen die internationalen Verpflichtungen der USA mit einer deutlichen Mehrheit, während *Trump Republicans* sie mehrheitlich negativ sehen (Smeltz 2018). Auch bei einem zentralen Thema der Trump-Kampagne sowie der Administration zeigen sich diese Unterschiede. »Trump Republicans (81%) are significantly more likely than non-Trump Republicans (47%) to say immigration is a critical threat to the United States« (Ebd.).

Diese Diskrepanz führt eine Entwicklung weiter, die seit 2004 in den Daten des Umfrageinstituts *Gallup* (o. J.-b) zu den Parteiidentifikationen zu finden ist. Die Selbstzuschreibung der Befragten zur Republikanischen Partei sinkt stetig und findet sich bei gerade einmal 27 Prozent, während sich 30 Prozent zu den Demokraten zählen und 40 Prozent als Unabhängige (*Independent*) firmieren. Zugleich befürworten etwa 90 Prozent der Republikaner die Arbeit ihres Präsidenten, während Demokraten dies zu lediglich fünf Prozent und Unabhängige zu 35 Prozent so sehen (Gallup o. J.-c). Eine schrumpfende, sich in zentralen demographischen wie politischen Kategorien verändernde Parteibasis zeitigt dann auch nachhaltige Auswirkungen auf die Partei selbst. Abzulesen ist dies an vier verschiedenen Entwicklungen.

Zum einen äußerten sich in den ersten beiden Jahren der Präsidentschaft Donald Trumps vor allem Republikanische Senatoren, die mit dem Präsidenten und der Richtung ihrer Partei haderten. Zu den schärfsten Kritikern zählten Jeff Flake (AZ), der eingangs zitierte John McCain (AZ), Bob Corker (TN), Ben Sasse (NE) oder auch Justin Amash (MI). In einer viel beachteten Senatsrede griff Flake im Januar 2017 den Präsidenten scharf an:

»What matters is the daily disassembling of our democratic institutions. We are a mature democracy. It is past time to stop excusing or ignoring or, worse, endorsing these attacks on the truth. For if we compromise the truth for the sake of our politics, we are lost« (Congressional Record 2018: S217).

Hinsichtlich des Zustands der Republikanischen Partei äußerte sich Bob Corker desillusioniert:

»We're in a strange place. It's becoming a cultish thing, isn't it? It's not a good place for any party to have a cult-like situation as it relates to a President that happens to be purportedly of the same party« (zitiert n. Raju/Herb 2018).

Gefragt, wann er das letzte Mal darüber nachgedacht habe, die Republikanische Partei zu verlassen und *Independent* zu werden, antwortete Ben Sasse dem Moderator Jake Tapper von CNN (2018): »I probably think about it every morning when I wake up.«

Der libertäre Justin Amash (2019) ging sogar soweit, am 4. Juli 2019 öffentlichkeitswirksam in einem Op-ed der Washington Post das hochpolarisierte Zweiparteiensystem als »existential threat to American principles and institutions« zu bezeichnen und seinen Austritt aus der Republikanischen Partei zu erklären.

Zum anderen lässt sich der Grad der Frustration innerhalb der Partei auch an der Zahl Republikanischer Kongressmitglieder ablesen, die nicht mehr zur Wiederwahl in den *Midterms* 2018 antraten. Insgesamt drei Senatoren und 34 Abgeordnete zeigten kein Interesse an einer weiteren Arbeit im Kongress oder sahen ihre Chancen angesichts einer auf Trump fixierten Basis schlicht als zu gering an. Die Vorwahl Niederlage des Vertreters des konservativ-libertären *Freedom Caucus*, Mark Sanford (SC), verdeutlichte ebenso wie das schlechte Abschneiden von Barbara Comstock (VA) und Martha Roby (AL), was es bedeutet, wenn man als Republikanische Abgeordnete oder Republikanischer Abgeordneter den Präsidenten zu scharf kritisiert. Alle drei mussten sich mit von Trump unterstützten innerparteilichen Gegenkandidaten auseinandersetzen (Steiger 2018).

Bei einem anderen Teil der Republikanischen Kongressmitglieder führte das, drittens, zur Einsicht, dass nur das Einschwenken auf den Kurs des Präsidenten ihr politisches Überleben sichern würde. Zu ihnen zählen u.a. Dean Heller (NV) und – der 2020 zur Wiederwahl stehende – Lindsey Graham (SC). Die anfängliche Kritik Hellers insbesondere an der Gesundheitspolitik des Präsidenten wich der ausnahmslosen Unterstützung. Dies sicherte Heller schließlich den Segen des Präsidenten und den Sieg in den Vorwahlen (ebd.). Letztlich half es ihm nichts. Er unterlag der Demokratin Jacky Rosen mit deutlichen fünf Prozentpunkten Rückstand. Lindsey Graham möchte diese Erfahrungen nicht machen, weshalb er die Verteidigung der politischen Agenda Trumps und des Präsidenten selbst als Überlebensstrategie gewählt hat. Sei es der emotionale Auftritt im Zuge der Be-

rufungsanhörung des sich schweren Vorwürfen der sexuellen Belästigung erwehrenden Brett Kavanaugh's oder die Unterstützung des Mauerbaus zu Mexiko sowie der Notstandserklärung durch den Präsidenten, Graham ist Trump loyal. Die Gegenleistung ist scheinbar der Zutritt zum engsten Kreis oder wie Graham es ausdrückte: »President Trump has been good to me in the sense that he's allowed me in his world« (zitiert in Blake 2019).

Und viertens konnten sich Kandidaten Nominierungen durch die Partebasis sichern, die vor wenigen Jahren in der Republikanischen Partei noch keine Chance gehabt hätten. Die Vorwahlen zum Senatsitz in Virginia gewann mit Corey Stewart ein Pro-Trump-Kandidat, dem Verbindungen zur rassistischen *White Supremacy*-Szene nachgesagt wurden (Felton 2018). In der Hauptwahl unterlag er dann dem Demokraten Tim Kaine, der 2016 Clintons Kandidat für die Vizepräsidentschaft war.

Doch nicht erst im Vorfeld der Zwischenwahlen im November 2018 offenbarten sich die Folgen des Rechtspopulismus Donald Trumps. Die 2016 neu in den Kongress gewählten Republikaner als auch der Druck, die in der neueren amerikanischen politischen Geschichte recht seltene Konstellation des *Unified Government* (die Dominanz einer Partei in beiden Häusern des Kongresses *und* im Weißen Haus) nach acht Jahren Barack Obama für eine konservative Revolution zu nutzen, ließen ein Zugehen auf den politischen Gegner nahezu unmöglich erscheinen. Freilich war dies auch von Demokratischer Seite nicht zu erwarten. Die überraschende Niederlage Hillary Clintons saß tief und mündete zumindest anfänglich in eine Fundamentalopposition zu Präsident Trump und die ihn unterstützenden Republikaner.⁶

Bottomless? Polarisierung im 115. Kongress

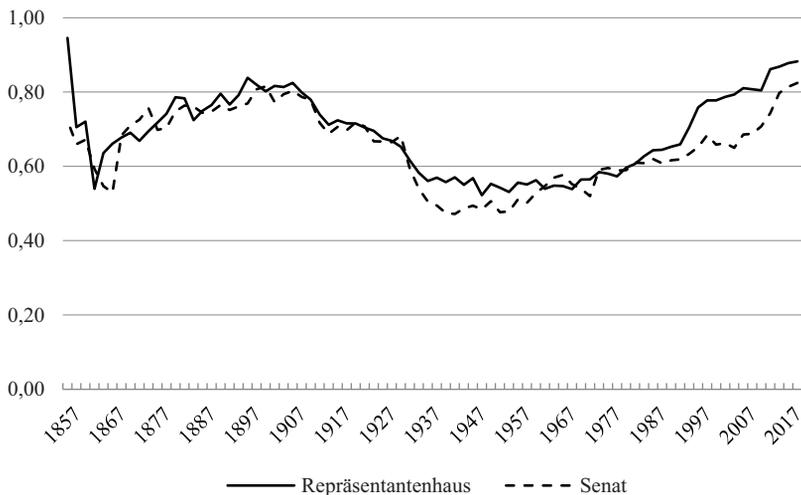
Die Ausgangssituation war also alles andere als günstig. Hinzu kam der ohnehin angestiegene Grad der Polarisierung im US-Kongress. Der Abstand zwischen den durchschnittlichen ideologischen Positionen von Republikanern und Demokraten in beiden Häusern des Kongresses wuchs in den vergangenen 65 Jahren um 0,35 Ideologiepunkte beständig an (siehe Abbildung 1).⁷ Die Werte seit dem 112. Repräsentantenhaus von 2011 bis 2013 übertreffen nunmehr die der hoch polarisierten Übergangsphase

6 Siehe hierzu auch den Beitrag von Sarah Wagner in diesem Band.

7 Der entlang des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten und Senatoren ermittelte *Common Space DW NOMINATE Score* des *Voteview Project* ermöglicht die Be-

vom 19. in das 20. Jahrhundert. Der Senat folgte wenig später und erreichte ähnliche Werte wie in der Phase zwischen 1893 und 1905 im 114. Kongress von 2015 bis 2017. Dabei ist der Zuwachs seit 1953 zwischen Republikanern und Demokraten nicht gleich verteilt. Etwa 60 Prozent (0,21 Ideologiepunkte) fallen auf die immer konservativer werdenden Republikaner, während die Demokraten für ca. 40 Prozent (0,14 Ideologiepunkte) verantwortlich zeichnen.

Abbildung 1: Abstand der durchschnittlichen ideologischen Positionen der Republikaner und Demokraten, 1855-2019



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten des Voteview Project.

Wenig überraschend war dann der im Januar 2019 abgeschlossene 115. Kongress mit nur einer Ausnahme (die Polarisierung im Repräsentantenhaus im 35. Kongress von 1855-1875) der polarisierteste in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Die Republikaner im Senat votierten so konservativ wie nie zuvor in der Geschichte (0,49), während sich die Demokraten bei einem historisch moderaten Wert von -0,34 verorteten. Bis auf die bereits erwähnte Ausnahme des 35. Kongress (0,55) erreichten die Republika-

rechnung der ideologischen Position der Kongressmitglieder in einer Skala, die von -1 (extrem liberal) über 0 (moderat) bis 1 (extrem konservativ) reicht. Für die Rohdaten siehe Lewis et al. (2019).

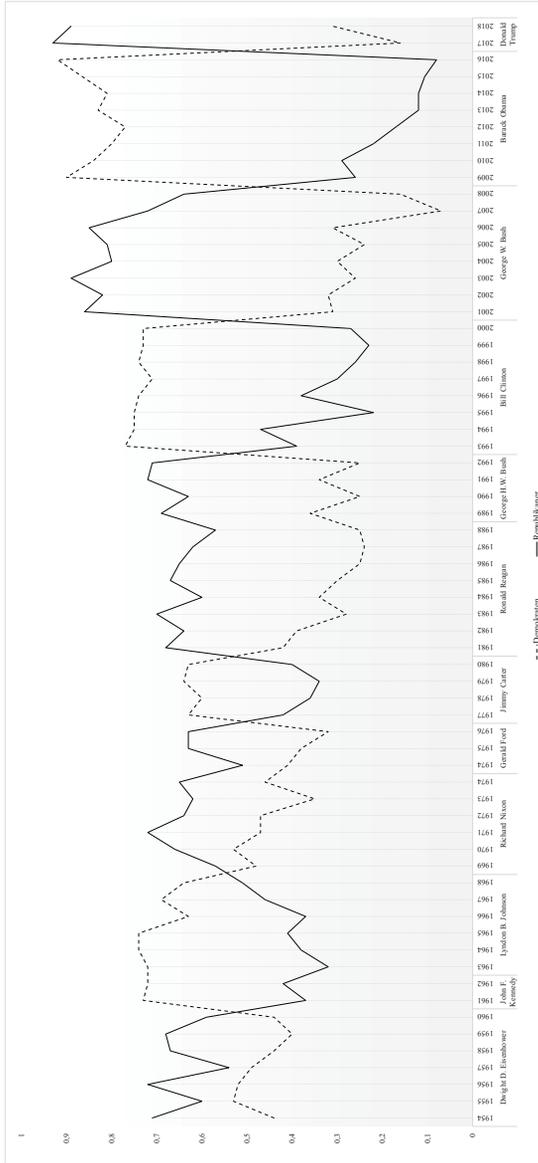
ner im Repräsentantenhaus ebenfalls den konservativsten Wert (0,49). Das Abstimmungsverhalten der Demokraten lag mit -0,39 im oberen liberalen Bereich.

Für den starken Rechtsruck in der Republikanischen Partei sind unterschiedliche Gruppen verantwortlich. Im Senat trugen insbesondere die *Gingrich Senators*, d.h. Republikanische Abgeordnete, die in der Amtszeit des ehemaligen *Speaker of the House*, Newt Gingrich (1979-1999) (R-GA), und danach in das Repräsentantenhaus gewählt wurden und später einen Senatssitz erringen konnten, sowie die Vertreter der *Tea Party* zum Anstieg bei (Theriault 2013; Sirakov 2018). Im Repräsentantenhaus geht ein nicht geringer Teil der Polarisierung ebenfalls auf Vertreter des *Tea Party/House Freedom Caucus* zurück (Sirakov 2016a, 2018). Gleichwohl kann nach den Wahlen 2016 ein weiterer Treiber identifiziert werden. Vergleicht man die durchschnittliche ideologische Position der 2016 wiedergewählten Republikanischen Abgeordneten mit der der *Rookies*, also der neu in das Repräsentantenhaus gewählten, fällt auf, dass letztere Gruppe etwa 10 Prozent konservativer ist (0,53) als erstere (0,48). Ähnliche Effekte lassen sich zwar auch in den vorhergehenden Wahlzyklen feststellen, ein ähnlich hoher prozentualer Unterschied zeigt sich retrospektiv allerdings erst nach den als ›Republikanische Revolution‹ bekannten Zwischenwahlen von 1994. Oder anders ausgedrückt, spülten die stark polarisierten Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2016 besonders konservative Abgeordnete in das Repräsentantenhaus. Für die Demokraten hingegen lässt sich ein solcher Trend nicht verzeichnen. Im Gegenteil: Die neugewählten Abgeordneten sind im Durchschnitt weniger liberal (-0,34) als ihre erfahreneren Kollegen (-0,39).

Ein weiterer Wert bringt die zunehmende Polarisierung in Verbindung mit den Präsidenten und zeigt, wie stark sie polarisieren. Entlang der von der Zeitschrift *CQ Magazine* erhobenen *Presidential Support Score* lässt sich der Grad der Unterstützung für vom Präsidenten unterstützte Gesetzesinitiativen ablesen. Die bis Präsident Dwight D. Eisenhower zurückreichenden Daten zeigen eine immer weiter auseinanderklaffende Lücke zwischen Demokraten und Republikanern in beiden Häusern des Kongresses (Abbildungen 2 und 3).

Naturgemäß fällt die Unterstützung für den Präsidenten in der eigenen Partei höher aus als bei der Opposition. Gleichwohl blieben die Abstände zumeist in einem überschaubaren Rahmen. Ein deutlicheres Auseinanderklaffen der Unterstützungsraten lässt sich dann insbesondere ab 2013 und damit inmitten der Präsidentschaft Barack Obamas verzeichnen.

Abbildung 2: Durchschnittliche Unterstützung für den Präsidenten im Repräsentantenhaus, 1954-2018



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten des *CQ Magazine*.